

Wochenschrift mit Anzeigen für Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 J., 1/2jährlich 1.50 J. wöchentlich frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 J.

„Die Post-Zeit“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezahlbar, kostet monatlich 10 J., 1/2jährlich 30 J.



Verkaufspreis beträgt für die gewöhnliche Beteiligte über deren Raum 15 J., für Wohnungs-, Vereins- und Verammlungsangelegenheiten 10 J. Im reaktionellen Falle kostet die Zeile 50 J.

Ankündigungen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7001.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weizensfeld-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof pastore rechts.

Telephon-Nr. 1042.

Telegramm-Adresse: Volkblatt HalleSaal.

Nr. 107

Halle a. S., Dienstag den 9. Mai 1899.

10. Jahrg.

Am Dreyfus.

Die Dreyfusaffäre hat in Frankreich über Nacht eine Mißstimmung hervorgerufen. Der Kriegsminister Freycinet hat demissioniert. In seiner Stelle ist der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Krantz, zum Kriegsminister ernannt worden. Am Freitag fand in der Kammer die Interpellation Gouzy über die Suspension der Vorlesungen des Professors Drury zur Verhandlung. Drury ist Lehrer an einer Kriegsschule; er ist Anhänger der Revision und macht aus seiner Überzeugung auch kein Hehl. Wegen Veröffentlichung eines revisionfreundlichen Artikels hatten seine Hörer während der Vorlesungen tumultuarische Szenen aufgeführt, so daß Drury zeitweise in seiner Lehrtätigkeit gehindert wurde. Anlaß der Kriegsschüler diskontinuirlich zu bestrafen, hatte der Leiter der Revision den Professor gemahnt, indem er die Suspension seiner Vorlesungen verfügte. Freycinet billigte in der Kammer diese Suspension und nahm, wenn auch nur indirekt, das unglückselige Verhalten der Kriegsschüler in Schutz. Die Kammer geriet darob begriffenlos in große Erregung, die sich schließlich so sehr steigerte, daß Freycinet abtreten mußte, ohne seine Rede vollendet zu haben.

Anfolge dieser Vorfälle in der Kammerfassung hat Freycinet am Sonnabend vormittag den Ministerpräsidenten Dupuy seine Demission überliefert. Dupuy hat sofort den Ministerkabinett zusammenberufen, welchem Freycinet nicht beibehalten. Nach dem Ministerkabinett begaben sich mehrere Minister, darunter Delcassé, Guillain und Floquet, zu Freycinet mit der Bitte, von seinem Amtschicksal abzulassen. Freycinet erwiderte ihnen jedoch, daß sein Alter und die Anstrengungen der letzten Monate ihm nicht gestattet, das Portefeuille des Krieges zu behalten.

In nationalistischen Kreisen wird behauptet, daß Freycinet sich bereits seit längerer Zeit mit Militärschreibern trage, da er als Chef der Armee sich nicht mit einem Ministerium identifizieren wolle, welches offen mit den Anhängern der Revision partiiere. Die Vorgänge in der Deputiertenkammer hätten den Kriegsminister nun bestimmt, die Demission auszusprechen; dieselbe werde als ein folgenreiches Ereignis anzusehen. Von den republikanischen Wählern wird Freycinet nicht angezweifelt, weil er in seiner Kammerrede die Disziplinlosigkeit der Jünger der polytechnischen Schule gutgeheißen habe.

Der neue Kriegsminister Krantz ist 50 Jahre alt. Er war bis zu seinem Eintritt in das Ministerium Dupuy im November vor Jahres zweiter Vorsitzender der Deputiertenkammer. Er ist Staatsingenieur und war seit 1891 Abgeordneter. Krantz ist der Sohn des bekannten Leutes der 1878er Weisaußstellung.

Am Montag wird ohne Zweifel in der Kammer über die Demission Freycinets interpelliert werden; da Freycinet als unumkehrbarer Grund seine Demission das Verhalten der Kammer-Kritiker anseht, stellt das Parlament zugleich vor der Frage, ob es seinen Präsidenten besonnenem Will, dem es nicht gelang, Freycinet Gehör zu verschaffen. Man glaubt gerade deshalb nicht, daß es gegenwärtig zu einem Konflikt kommt; immerhin dürfte es sich bald zeigen, ob die Stellung des Kabinetts Dupuy mehr oder weniger durch das Auscheiden Freycinets erschüttert ist. Der neue Kriegsminister Krantz gehört der Gruppe Melles an, er wird jedoch in diesem Augenblicke als ein treuer Knappe Dupuys angesehen. In journalistischen Kreisen wird, wie man der Feuillettage telegraphiert, vielfach der Umstand erwähnt, daß nur die dem Kriegsministerium oder dem Generalstab nachstehenden Vorgesetzten die Demission erlaubten. Man schließt daraus, daß diese Demission tatsächlich als Schlag gegen die Revision vorbereitet war. Wenn dieser Schlag seine Wirkung verfehlt, so bedeutet man dies vielleicht nur dem Umstand, daß die Kammer erst am Montag wieder tagt, wo die Situation wieder ruhiger geworden ist.

Der neue Arbeitsminister Monestier, der im Senat das Departement Lozère vertritt, gehört der Gruppe der demokratischen Linken an und stimmt gegen die Revisionsvorlage. Krantz wurde zum Kriegsminister gewählt, weil er als früherer Berichterstatter der Budgetkommission sich unter den Jünglingsministern am besten dazu eignete. Von der Ernennung eines Generals war diesmal keine Möglichkeit da.

Vier Dupuy hat anerkennend den Fehler vermeiden wollen, der den Sturz des Kabinetts Brisson herbeiführte. Von den Generalen hat sich jetzt auch noch nicht einer als ehrlieh in der Dreyfusaffäre erwiesen.

Der gesunde Menschenverstand sträubt sich gegen die Annahme, der französische Generalstab sei aus lauter Egoisten und Falschern zusammengesetzt. Und trotzdem scheint dies der Fall zu sein; es bleibt keine andere Annahme übrig, wenn man die Vorgänge der letzten Zeit an seinem Auge vorübergehen läßt und wenn man von dem neuesten wissenschaftlichen Kenntnis erhit. Der Hauptverursacher der Abgangskarte, die der General Vekelin de Dionne, Kommandant der höheren Kriegsschule, dem Hauptmann Dreyfus erteilt hat, als dieser im Jahre 1892 die Kriegsschule verließ und den Bericht, den derselbe General sechs Jahre später, während der Revisions-Kampagne, über denselben Dreyfus erstattet hat. Das erste Dokument lautet:

„Physischer Zustand: hinlänglich gut. Geandert: hinlänglich gut; kurzzeitige. Charakter: geschmeidig. Erziehung: gut. Intelligenz: sehr offen. Aufführung: sehr gut. Talente: sehr gut. Allgemeine Bildung: sehr ausgebildet. Theoretische

Militär-Bildung: sehr gut. Praktische: sehr gut. Kennt das Deutsche vortrefflich; hält sich gut in der Fremde; führt den Dienst gut. In die Schule aufgenommen am Nr. 67 von 81; entlassen als Nr. 9 von 81. Auf den Befähigungsnachweis für den Generalstab mit der Note „Sehr gut“ erhalten. Sehr guter Offizier, lebhafter Geist, begreift schnell alle Fragen, arbeitet leicht und ist die Arbeit gewohnt. Sehr geeignet zum Dienst im Generalstab. Unterzeichnet: Der Divisionsgeneral und Kommandierende der Höheren Kriegsschule: De Dionne.

Dem hätte man die folgende Auskunft gegenüber, die derselbe General sechs Jahre später über denselben Dreyfus gegeben hat:

Der Herr Dreyfus, Kapitän der Artillerie, stand unter meinem Kommando während der zwei Jahre, die er in der Höheren Kriegsschule zubradte. Er war ein intelligenter und arbeitamer Offizier, begabt mit einem wunderbaren Gedächtnis, und obgleich er in einem schlechten Range in die Schule eintrat, gelang es ihm doch, an die Spitze der Promotion zu gelangen. Sehr geschicktes und feines Auftreten, sowie seine unüberlegten Aeußerungen (er sagte u. a. zu seinen Kameraden, die Offiziere hielten sich unter der deutschen Herrschaft glücklicher als unter der französischen) zogen ihm die Antipathie seiner Professoren und seiner Kameraden zu. Seine Aufführung im Benehmen war nicht gut, denn obwohl ihn viele Verehrer, liebte er sich doch nicht, sich mit Dirnen zu geben. Ich habe ihn in dieser Beziehung Vorhalte zu machen gehabt. Ich habe viele israelitische Offiziere in der Kriegsschule gehabt; ich kann sagen, daß keiner von ihnen der Gegenstand der Antipathie weder seiner Vorgesetzten, noch seiner Kameraden war, und wenn ich nicht das Gleiche von dem genannten Dreyfus sagen läßt, so liegt die Schuld daran an seinem abcheulichen Charakter, an der Mangelhaftigkeit seiner Ideen und an seinem unwürdigen Benehmen nicht an seiner Religion.

P. S. Ich füge bei, daß ich zu jener Zeit, als die Abgangs-Prüfungen der Kriegsschule stattfanden, zu mir kam mit dem Ersuchen, seine Befähigungstest, besonders zu betonen, indem er behauptete, daß er im Artillerie-Gamien das Opfer einer Ungerechtigkeits geworden sei. Ich erwiderte ihm, diesen Wunsch zu erfüllen aus den oben angegebenen Gründen. Geschehen: 1. Juni 1898. De Dionne.

Das französische Volk wird in dem militärischen Augenblick eine gründliche Meinung vornehmen lassen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 8. Mai 1899.

Eine Petition beantragte der freiwirtschaftliche Stadtverordnete Kreiting in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Der Minister des Innern wurde darin höflich angefragt, warum der Oberbürgermeister noch nicht bestätigt ist. Das Stadtverordneten-Kollegium hat diese Petition am Donnerstag nach sehr lebhafter Debatte mit 71 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Petition. Kreiting, der auf die drohende Exekution in Preußen hinwies und absolute Verweigerung jeder Nachgiebigkeit“ als das was nötig sei, kennzeichnete, erklärte, die Verantwortlichen zu glauben, es sei ein Stück mutiger Anwendung, den Minister nach dem Stande der Angelegenheit zu fragen oder ihn zu bitten, die Gründe anzugeben für die bisherige Behandlung der Stadt Berlin, damit in der Bürgerchaft die Zustimmung darüber schwinde. Die Bürgerchaft ist gar nicht begierig, Gründe für eine Behandlung zu hören, nur die es läßt, haupt seine Gründe giebt. Auf dem Wege der Petition die Sache ins richtige Fahrwasser leiten zu wollen, erscheint mir doch nach gegenüber einer Regierung, die allezeit zeigt, daß es ihr darauf ankommt, die Bürgerchaft zu verfallen ihre Reaktionen politisch zu machen. Von diesem Standpunkt ausgehend, halte ich mich für zu gut, den Minister zu fragen, und die Verantwortung zu gut, sich auf einen solchen Weg zu begeben, als ob man glaubt, von diesen Leuten überhaup in dieser Beziehung etwas Oudentliches erwarten zu können. Dieses Maß der Bescheidenheit Kreiting's, es sei das Recht der Bürgerchaft, wenigstens die Gründe der Nichtbestätigung zu hören, haben wir nicht; wir kennen die Gründe, ohne daß sie uns gelogt werden. Es bedarf auch dieses Weges gar nicht. Wenn die Regierung es mit ihrem Ansehen und ihrer Würde für vereinbar erachtet, die Bürgerchaft in diese Situation zu bringen, wir können es abwarten.“

Zürmerlich zu Kreuze gezogen ist der Verband deutscher Post- und Telegraphen-Affiliaten. Am Sonnabend tagte in Berlin die auf Veranlassung der Reichspostverwaltung einberufene Generalversammlung des Verbandes. Die mit dem Reichsverband vereinbarten Aenderungen der Satzungen wurden von der Versammlung nach den Anträgen des Verbandsvorstandes genehmigt. Als Zweck des Verbandes wird demnach in § 3 die Förderung der Vaterlandsliebe, Geselligkeit und Kollegialität und die wirtschaftliche Unterstützung der unversicherten Vorkriegs- und Hinterbliebenen der Verbands-Mitglieder bezeichnet, wogegen die „Vertretung der Interessen des Postfachdienstes“ gestrichen wird. Auf Veranlassung der Postbehörde sollte ferner in betreff des Verbandsorgans bestimmt werden, daß die Zeitung von der Herausgabe der Zeitung des Verbandsvorstandes unterliegt. Der Verband darf für den Vorsitzenden des Verbandes und dessen Stellvertreter zu setzen. Alle übrigen Anträge, die nicht auf Aenderung der vorgestellten Leherde, sondern von den Bezirksvereinen gestellt waren, sollen einer Kommission überwiegen werden. Derselben soll außerdem eine Redaktion der Satzungen des Verbandes übertragen wer-

den, die gleichzeitig die Satzungen mit den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in Einklang bringt.

Am Sonntag hat Herr v. Bobbelski den Verbandsvorstand und etwa 50 Delegierte der Bezirksvereine empfangen; der Freide ist damit formell bezeugt worden. Für die Mitgestaltung unseres Beantwurtens ist dieser Vorgang ungemein bezeichnend.

Cfjkiös demontiert wird die Nachricht, daß die russische Regierung freundschaftliche Vorkellungen gegen die Ernennung des Professors v. Stengel zum Delegierten für die Klärungs-Konferenz erhoben hat. Auch soll es unrichtig sein, daß die Türkei ihrem Delegierten aufgegeben hat, sich die Faltung der deutschen Delegierten zu eigen zu machen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde von der Strafkammer in Duppeln der Weichenfelder Kaspar Stojch aus Großdowitz zu sechs Monaten Gefängnis und zum Verlust seines Amtes verurteilt. Der als polnischer Agitator geltende Angeklagte hatte die beleidigende Aeußerung in polnischer Sprache angehängt zweier Wandbilder des Kaisers und der Kaiserin gethan.

Ein Nachtragsetat soll dem Reichstage noch in dieser Session zugehen; die Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag die Nachbewilligungen auch noch zur Verdisponierung bringen wird. Geachtet werden im Jahre 1899 990 Pfund und zwar an fordernden Ausgaben 940 806 M., sowie 1 911 932 M. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen und 5 587 192 M. des außerordentlichen Staats. 1 642 250 M. sind in diesem Etat ausgesetzt für Feuerungsanlagen für Unterbeamte. Zur Erleichterung der letzteren Forderung wird gesagt: Die Einkommensverbesserung für Unterbeamte im Jahr 1899 hat noch einer Ergänzung bedurft. Solche Ergänzung ist durch die namentlich in größeren Orten und in Industriebezirken erschwerte Lebenshaltung, welche sich nicht bloß auf die Wohnungsverhältnisse beschränkt, geboten und nicht in einer Erhöhung des Wohnungsgeldaufwandes, auch nicht etwa in einer weiteren allgemeinen Einkommensverbesserung zu finden. Die Gehaltsaufbesserung muß vielmehr, als abgeschlossen gelten. Die Absicht soll auf dem Wege der Gehaltsaufbesserung berücksichtigten Bemittlung widerständlich und nicht pensionsfähiger Zulagen erfolgen, bei denen die niedrigst besoldeten Unterbeamten an den betreffenden Orten den Hauptanteil haben werden. Von dem angelegten Betrage entfallen auf das Reichsamt des Innern 5400 M., auf das Reichsgericht 100 300 M., (Preußen 54 500 M., Bayern 12 682 M., Sachsen 11 600 M., Württemberg 4200 M.), auf die Marineverwaltung 6000 M., auf die Post- und Telegraphen-Verwaltung 1 355 550 M., auf die Reichspostverwaltung 175 000 M.

Keine politische Nachrichten. Der Erste Staatsanwalt vom Berliner Landgericht I, der aus den Lauch-Prozessen bekannte Oberstaatsanwalt Dreßler, ist, wie das antile Justiz-Ministerblatt meldet, zum Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Breslau ernannt worden, wo er an die Stelle des kürzlich verstorbenen Geh. Ober-Justizrats v. Dreßler tritt. Der kommandierende General des 15. Armee-Korps, v. Fellenberg ist in Straßburg nach längerer Krankheit gestorben. — Dreimal hat die 1. Division des Kaiserlichen Adolfs-Gebets von 2. Feld-Artillerie-Regiment in Würzburg. Nach seiner ersten Ergriffung erhielt er 7 Monate Gefängnis, nach der zweiten 2 Jahre 5 Monate Gefängnis, nach der dritten 5 Jahre 15 Tage Zuchthaus. Er nahm das Urteil lächelnd entgegen, wurde dadurch doch sein schändliches Benehmen, vom Militär loszukommen, erfüllt. — Weil er nicht Soldat werden wollte, hatte sich der Knicht Donath in Friedrichsberg mit einem Weil den Befehliger der rechten Hand ab. Die Strafkammer zu Lauch verurteilte ihn dafür zu 1 Jahre Gefängnis. — Der Magistrat in Ober-Steinbach hat gegen den Stadtverordneten, Genuß: v. v. Straßmann wegen Beleidigung des Branddirektors Krieger gestellt. Wegen beschuldigte den Branddirektor in öffentlichen Stadtverordnetenversammlung, er habe einen Hundert-Taler Schein für sich behalten, den er von dem Richter den Gehl zur Verteilung an die Mannschaften erhalten habe.

Ausland.

Italien. Pelloux hat nunmehr ein neues Kabinett gebildet, und zwar übernimmt Sonnino definitiv das Ministerium des Innern, Sclarda das des Schatzes und Carline das Finanzministerium. Crispien wird, wie seine Anhänger in dem neuen Kabinett bleiben, daselbst unterfragen.

Die Delitzscher Stadtverwaltung vor dem Schwurgericht.

Halle, 8. Mai. Heute begann vor dem Landgericht Halle ein Prozeß, der viele Kreise zu interessieren scheint. Die Presse ist stark vertreten; auch die Berliner Periodikentwertung folgt nicht. Es wird über eine Stadtverwaltung ein Bild entrollt werden, das, jede Beschreibung spottet. Nicht weniger als 17 Photographen des St. G. B. sollen verlegt werden sein. Die „Zeile“ von dem ganzen Treiben ist der frühere Magistratsassessor, stellvertretender Amtsanwalt und Vertreter des Bürgermeisters, Franz Simon, der, wie wir seiner Zeit berichteten, im September vorigen Jahres verhaftet wurde. An der Spitze der Verwaltung stand ein 70jähriger Greis, Bürgermeister Reich, gegen den anfänglich das Verfahren wegen Vergehens gegen

